

STALINS BEFREIUNGSMISSION

Die Nachkriegskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mittleuropas Band II/04

Die Lage der deutschen Bevölkerung in Ost-Mittleuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

>>... Wie ein Strom versiegt und vertrocknet, so ist der Mensch, wenn er sich niederlegt, er wird nicht wieder aufstehen ...<< (Hiob 14, 11-12)

Während der sowjetischen Winteroffensive im Januar 1945 stürmte die Rote Armee unaufhaltsam vorwärts und legte in kurzer Zeit große Entfernungen zurück. Ostpreußen wurde bereits am 26.01.1945 vom Deutschen Reich abgeschnitten. Bis zum 31.01.1945 besetzten die sowjetischen Truppen alle westpolnischen Gebiete sowie Ostbrandenburg und erreichten dort schon die Oder.

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Im Raum Danzig und in Ostpommern ließen sich viele Flüchtlinge von den friedlichen Verhältnissen täuschen. Anstatt zügig nach Westen zu fliehen, legten die erschöpften Flüchtlinge oftmals längere Ruhepausen ein. Die NS-Parteibehörden verboten außerdem noch Anfang März 1945 jegliche Fluchtbewegungen. Da Ostpommern innerhalb von 2 Wochen durch sowjetische Truppen überrollt wurde und ab Mitte März 1945 alle Fluchtwege über die Oder versperrt waren, flohen ca. 2,5 Millionen Ostpommern, Danziger und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Westpreußen, Ostbrandenburg und aus dem Wartheland in die ostdeutschen Ostseehäfen.

In Schlesien konnte man zwar relativ geordnete Evakuierungen und Fluchtbewegungen durchführen, aber nach der deutschen Kapitulation mußten mehr als 800.000 Schlesier, die in das Sudetenland oder nach Böhmen und Mähren geflüchtet waren, zwangsweise zurückkehren.

Da die Rote Armee viele Flüchtlingstrecks einholte und frühzeitig wichtige Fluchtwege versperrte, entstanden schon Ende Januar 1945 große Rückkehrbewegungen. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die von feindlichen Truppen überholt worden waren, in ihre Heimat zurück. Aufgrund der z.T. großen Entfernungen und der ständigen Überfälle sowie Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate.

Bis zur Kapitulation konnten ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. In Ost-Mittleuropa (ohne spätere DDR) hielten sich im Mai/Juni 1945 noch rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche auf.

Deutsche Siedlungsgebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/72E-78E):

>>... Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute.

Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von den Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. In ähnlicher Weise ist Ende Juni/Anfang Juli 1945 überall an den Übergängen über die Oder und Neiße der Weg für die Rückkehr gesperrt worden und gleichzeitig die erste Austreibungswelle aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße erfolgt, so daß in diesen Tagen und Wochen unzählige heimatlos gewordene Menschenmassen sich von Schlesien bis nach Stettin am westlichen Ufer von Neiße und Oder zusammendrängten.

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt.

Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. Gleich, ob es sich um Flüchtlinge oder Einheimische handelte, wurden die in den Dörfern und Städten angetroffenen Deutschen zur Beseitigung von Trümmern, Bestellung von Feldern, zum Abbau von Eisenbahngleisen sowie zu anderen Demontagearbeiten und Diensten für die sowjetische Truppe herangezogen.

Vielen der Geflohenen war dadurch der Rückweg versperrt, und selbst diejenigen, die davon nicht betroffen waren oder heimlich den Rückweg angetreten hatten, mußten damit rechnen, unterwegs aufgegriffen und zu irgendwelchen Arbeiten gezwungen zu werden.

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, ehe sie ihre Heimat erreichten, und ganz allgemein stellte es sich heraus, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch weit übertraf. Da der Eisenbahnverkehr im allgemeinen noch stilllag, die Trecks in der Mehrzahl ihrer Pferde beraubt und die Gepäckstücke immer wieder geplündert worden waren, zogen die Flüchtlinge in der Regel zu Fuß mit nur wenigem Gepäck auf den Landstraßen einher, dabei ständig in Furcht vor russischen Truppen und polnischer Miliz. Der Weg führte durch zerschossene und abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Tierkadaver sowie Leichen von Soldaten und Zivilisten lagen.

Hunger und Durst forderten neue Opfer, und in der Regel fanden die Heimgekommenen zu Hause völlig ausgeraubte, wenn nicht gar abgebrannte Wohnungen vor, oder aber russische Besatzungstruppen hatten die Häuser bezogen.

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. Dies trifft beispielsweise für zahlreiche ostpreußische Flüchtlinge zu, die in Pommern von russischen Truppen überrollt worden waren. Die meisten von ihnen hatten einen 6-8 Wochen langen, gefährvollen, seelisch und körperlich aufs äußerste anstrengenden Treck hinter sich, als sie in Pommern in die Hände der Russen fielen, und scheuten deshalb den Hunderte von Kilometern langen Rückweg, weil sie zu fürchten hatten, dabei ihrer letzten Habe beraubt zu werden, und nicht sicher sein konnten, ihre Heimatorte auch wirklich zu erreichen.

Da sie überdies erlebten, wie selbst in den Orten Pommerns polnische Behörden die Verwaltung übernahmen und polnische Miliz eine immer bedeutendere Rolle zu spielen begann, mußten sie, gestützt auf ihre Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, für ihre noch weiter östlich gelegene ostpreußische Heimat das Schlimmste befürchten, zumal schon im Februar 1945, wovon freilich damals nur wenige Deutsche Kenntnis hatten, von den Vertretern der britischen, der amerikanischen und der russischen Regierung auf der Konferenz von Jalta erklärt worden war, "daß Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muß".

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die

Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. Die Nachrichten von Sperrungen der Oder-Neiße-Linie für Rückkehrer, von Deutschenverfolgungen in den Ostgebieten und von ersten Ausweisungen im Juni 1945 hielt die Masse der in der sowjetischen, amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone befindlichen Flüchtlinge vom sofortigen Aufbruch zur Rückkehr ab.

Im übrigen hatte die Einrichtung von Besatzungszonen eine Rückkehr aus der amerikanischen, der britischen und französischen Zone nach dem Osten rein technisch so gut wie unmöglich gemacht, da die Zonengrenzen wie überhaupt die Anordnungen aller Besatzungsmächte die Freizügigkeit des Verkehrs quer durch Deutschland verhindert hatten. Lediglich aus dem Gebiet der Sowjetzone konnten in den Wochen nach dem Waffenstillstand noch in größerer Zahl Flüchtlinge über die Oder und Neiße nach Osten zurückkehren.

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in ihre Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. Als schließlich in den Potsdamer Beschlüssen die Zustimmung der Großmächte zur Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung gegeben wurde, hörte die Rückkehr nach Ostdeutschland bis auf ganz geringe Nachzügler vollständig auf.

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rund 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden. Etwa die Hälfte von ihnen hatte in dem Schlesien unmittelbar benachbarten Streifen des Sudetenlandes Zuflucht gefunden.

In den deutschen Orten des Sudetenlandes von Troppau im Süden bis nach Reichenberg im Norden war es infolgedessen zu einer ungeheueren Massierung von schlesischen Flüchtlingen gekommen, denen teils in Privatquartieren, teils in Massenlagern eine Notunterkunft geschaffen worden war. Da der Flüchtlingsstrom aus Schlesien trotzdem angehalten hatte, waren weitere Hunderttausende in dem an Sachsen angrenzenden Teil des Sudetenlandes oder im Innern Böhmens untergebracht worden, und viele waren auch quer durch Böhmen nach Bayern weitergezogen.

Je nach der Gegend, in der sich die schlesischen Flüchtlinge zum Zeitpunkt der Kapitulation befanden, ergab sich für sie eine sehr verschiedene Situation. Die nach Bayern Hereingeströmten waren froh, nicht mehr im Gebiet der Tschechoslowakei zu sein; aber eine Rückkehr nach Schlesien war für sie infolge der Besatzungsgrenzen in Deutschland nahezu unmöglich geworden. Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann.

Die tschechischen Behörden ergriffen sogleich Maßnahmen, um die vielen deutschen Flüchtlinge, die nicht nur aus Schlesien, sondern auch aus der Slowakei, aus Ungarn und Rumänien in Böhmen und Mähren Zuflucht gesucht hatten, über die Grenzen abzuschieben. Viele Schlesier hatten sich, als der Krieg zu Ende war, bereits selbständig auf den Heimweg begeben; die anderen wurden in den folgenden Tagen und Wochen, teils zu Fuß, teils in Eisenbahntransporten, eiligst und auf dem kürzesten Weg über die Grenze geschickt. Auf diesem Rückmarsch

durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Weise beteiligten.

Bei ihrem Bestreben, die deutschen Flüchtlinge aus dem tschechischen Staatsgebiet zu entfernen, nahmen die tschechischen Behörden wenig Rücksicht darauf, ob den Schlesiern daraus wirklich eine Rückkehr in ihre Heimat erwuchs. Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert.

Ebenfalls nach Sachsen hinüber drängte man die im nördlichen Teil des Sudetenlandes zwischen Eger und Reichenberg befindlichen Schlesier, denen es bei der allgemeinen Furcht vor tschechischen Verfolgungen oft auch selbst darauf ankam, so schnell wie möglich die tschechische Grenze zu passieren. Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittellkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

Für diejenigen Schlesier, die im westlichen Teil Böhmens den Waffenstillstand erlebten, führte der kürzeste Weg aus dem Bereich der Tschechoslowakei hinaus nach Bayern. Er war auch insofern am ungefährlichsten, weil dieser Teil Böhmens nicht von russischen sondern von amerikanischen Truppen besetzt worden war und die Flüchtlinge infolgedessen der Berührung mit sowjetischen Truppen aus dem Wege gehen konnten.

Der Rückweg nach Schlesien blieb nur denen nicht verwehrt, die im östlichen Teil Böhmens Unterkunft gefunden hatten. Dies war jedoch etwa nur die Hälfte all derer, die aus Schlesien vor der Roten Armee über das Gebirge geflohen waren, insgesamt schätzungsweise 800.000 Menschen.

An der schlesisch-tschechischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen.

Bis Mitte Juni etwa dauerte dieser Rückstrom nach Ober- und Niederschlesien an. Die teils völlig entleerten Dörfer und Städte Schlesiens füllten sich wieder mit Menschen, und als im Juli die Rückbewegung abgeschlossen war, hatten sie durchschnittlich wieder 50 Prozent ihrer alten Einwohnerzahl erreicht. Zusammen mit den rund 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, war es rund eine Million Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rund 2,5 Millionen angewachsen, so daß hier auch unter der Herrschaft von Russen und Polen die deutsche Bevölkerung sehr zahlreich war.

Auch in Ostpommern war der Anteil der noch unter russischer Besetzung im Lande befindlichen Einwohner relativ hoch. Dabei spielte weniger die Rückkehr eine Rolle; denn infolge der polnischen Sperrmaßnahmen an der Oder kamen schätzungsweise nur 150.000 Ostpommern aus Mecklenburg und Vorpommern während der Monate Mai und Juni zurück, wobei dieser Zuzug etwa ausgeglichen wurde durch den Abzug zahlreicher ostpreußischer und westpreußischer Flüchtlinge, die von Ostpommern aus wieder in ihre Heimat zurückkehrten.

Im Gegensatz zu anderen Provinzen war aber in Ostpommern die Zahl der Zurückgebliebenen und nicht mehr rechtzeitig Herausgekommenen sehr hoch, so daß sich im Juni 1945, vor Beginn der ersten Ausweisungen, ca. eine Million Menschen in Ostpommern befand. Die Städte und Dörfer hatten durchschnittlich 50 bis 60 Prozent ihrer ehemaligen Einwohnerzahlen. In ihnen lebten schätzungsweise noch 150.000-250.000 Deutsche aus Ost- und Westpreußen so-

wie aus den polnischen Gebieten, die nicht in ihre Heimat zurückgekehrt waren, sondern ihr weiteres Schicksal in Ostpommern abwarteten.

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostpommerschen Gebieten war sehr verschieden, je nach den Fluchtmöglichkeiten, die im Januar und März bestanden hatten. Während in den westlichen Kreisen Pyritz, Greifenhagen, Naugard, Cammin und in den Hafenstädten Kolberg und Stolpmünde nur noch relativ wenige Deutsche lebten, betrug die Einwohnerzahl in anderen Kreisen, in der Gegend um Belgard, Köslin, Neustettin, Deutsch Krone, Friedeberg, Stolp und Lauenburg teilweise über 75 Prozent des alten Standes.

Am niedrigsten war die Zahl der Bevölkerung im Sommer 1945 in Ostpreußen. Rund 500.000 Einwohner waren in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Königsberg und Allenstein in russische Hand gefallen. Daneben sind auch in den westlich angrenzenden Kreisen Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg fast 100.000 deutsche Einwohner zurückgeblieben, als die Rote Armee dieses Gebiet eroberte, oder später dahin zurückgekehrt. Zusammen mit den rund 200.000, die teils schon im März und April, teils auch erst nach der Kapitulation vor allem aus Pommern nach Ostpreußen zurückkehrten, zählte Ostpreußen (in den Grenzen von 1937) im Juni 1945 rund 800.000 Einwohner, das ist knapp ein Drittel seiner Bevölkerung aus dem Jahre 1944.

Am schwächsten war die Bevölkerungsdichte in den östlichen Kreisen, dem Reg.-Bezirk Gumbinnen. Dort hatten die russischen Truppen nahezu menschenleeres Land in Besitz genommen, und obwohl schon ab Februar 1945 zahlreiche im Samland unter die sowjetischen Truppen geratene Deutsche zwangsweise dorthin deportiert wurden, hat die deutsche Bevölkerungszahl im östlichen Teil Ostpreußens unter russischer und polnischer Verwaltung kaum 15 Prozent ihrer ehemaligen Höhe erreicht. –

Wesentlich zahlreicher war die deutsche Bevölkerung dagegen in den südlichen und mittleren Kreisen Ostpreußens. Die Städte Osterode, Allenstein, Mohrungen, Sensburg, Bartenstein, Heilsberg, Lötzen und die umliegenden Landgemeinden erreichten im Sommer 1945 durchschnittlich wieder die Hälfte ihrer alten Einwohnerzahlen.

Die Masse der zu dieser Zeit in Ostpreußen lebenden deutschen Bevölkerung, wohl 500.000-550.000 Menschen, verteilte sich auf die südlichen Kreise, welche später auf Grund des Potsdamer Abkommens unter polnische Verwaltung kommen sollten, während in dem unter russische Verwaltung gestellten nördlichen Teil Ostpreußens, einschließlich Königsbergs, nur ca. 250.000-300.000 Menschen lebten.

In dem relativ kleinen Ostbrandenburg hat sich die Zahl der deutschen Einwohner durch Rückkehrer nur unerheblich vermehrt, zumal aus diesem Gebiet schon Ende Juni 1945 durch systematische Austreibungen der größte Teil der Deutschen gezwungen wurde, die Heimat zu verlassen. Vor Beginn dieser Austreibungsaktionen haben in Ostbrandenburg, dessen Bevölkerung zum größten Teil nicht rechtzeitig hatte fliehen können, jedoch noch rund 350.000 Menschen gelebt.

Nur von geringfügigem Ausmaß war die Rückkehr geflohener Deutscher in Danzig, in Westpreußen und in den west- und zentralpolnischen Gebieten. Die Deutschen, die sich in diesen Gebieten im Mai/Juni 1945 aufhielten, waren in der Regel Personen, die freiwillig dort geblieben oder während der Flucht in russische Hände gefallen waren. Im Gebiet der Freien Stadt Danzig waren es rund 200.000 und auf polnischem Territorium etwa 800.000 Deutsche, die die Zeit der polnischen Herrschaft und der Ausweisungen in ihrer Heimat erlebten.

Veränderungen des deutschen Bevölkerungsstandes östlich der Oder-Neiße-Linie infolge der Flucht und der Rückkehr im Jahre 1945¹⁾.

Die Gebiete östlich der Oder und Neiße	Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	Stand d. deutschen Bevölkerung nach d. Flucht vor der Roten Armee April-Mai 1945	Stand der deutschen Bevölkerung nach der Rückkehr (Sommer 1945) und vor d. Austreibung
Ostpreußen ²⁾	2 653 000	600 000	800 000
Ostpommern	1 861 000	1 000 000	1 000 000 ³⁾
Ostbrandenburg	660 000	300 000	350 000
Schlesien	4 718 000	1 500 000	2 500 000
Polnische Gebiete	1 612 000	800 000	800 000
Danzig	420 000	200 000	200 000
Insgesamt	11 924 000	4 400 000	5 650 000

1) Die Zahlenangaben beruhen auf Durchschnittswerten (x001/78E).

2) Einschließlich Memelland und Reg.-Bezirk Westpreußen (x001/78E).

3) Zahlenmäßige Gleichheit der Rückkehrer nach Ostpommern und Abzug der nach Ostpommern geflohenen ost- und westdeutschen Flüchtlinge (x001/78E).<<

Tschechoslowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr aus der CSR (x004/26-27): >>**Rückkehr von der Flucht nach Beendigung der Kampfhandlungen**

Der größte Teil der aus dem Ostsudetenland und dem östlichen Protektoratsgebiet geflohenen Deutschen wurde in Westmähren und den unmittelbar benachbarten Bezirken Böhmens vom Ausbruch des tschechischen Aufstandes und vom deutschen Zusammenbruch überrascht. Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt im innertschechischen Gebiet befanden; denn neben den Drangsalierungen durch Rotarmisten waren sie der Willkür und den Haßgefühlen der tschechischen Aufständischen, aber auch der Behörden und der Zivilbevölkerung ausgeliefert.

Der Verlust der geretteten Habe durch Plünderung und Konfiskation war noch das geringste Übel. Die Not steigerte sich durch Ausschreitungen aller Art und den Entzug der persönlichen Freiheit mit Zwangsarbeit und Internierung. Soweit die Flüchtlinge den Internierungs- und Sammellagern entgehen konnten, schlugen sie sich unter großen Entbehrungen in ihre Heimatorte durch.

Im Osten des Schönhengstgaus (Kreise Mährisch Trübau, Zwittau, Landskron und Hohenstadt), wo der größte Teil der aus dem östlicheren Sudetenland geflohenen deutschen Bevölkerung eine Zuflucht gefunden hatte, und auch in anderen Gebieten wurden die Flüchtlinge von den neugebildeten tschechischen Verwaltungsorganen zur sofortigen Rückkehr aufgefordert, und zwar mit dem Hinweis, daß der bei der Flucht zurückgelassene Besitz bei einer längeren Abwesenheit des Besitzers beschlagnahmt würde.

Bei der geflohenen Landbevölkerung bedurfte es nicht erst solchen Druckes, sie suchte noch im Wirrwarr des Zusammenbruchs und des sowjetischen Einmarsches, getrieben von der Sorge um Hof und Frühjahrsbestellung, zum Heimatort zurückzukehren. Da aber plündernde

Rotarmisten die Hauptverkehrsstraßen unsicher machten, zogen die meisten von ihnen auf kaum befahrbaren Seiten- und Gebirgsstraßen und oft auf weiten Umwegen heimwärts.

Meist blieben alle diese Vorsichtsmaßnahmen erfolglos. Trotz Umgehung der von den Sowjets oder Tschechen besetzten Ortschaften und Übernachtung in Wäldern griffen Streifen viele Rückkehrer auf, konfiszierten Pferde und Wagen und lieferten die Menschen in Sammel- und Internierungslager ein. Soweit sie nur vorübergehend festgehalten wurden, mußten sie zu Fuß den Weg fortsetzen, da die Benutzung der Verkehrsmittel für die Deutschen inzwischen verboten worden war.

Die Evakuierten, die seinerzeit mit Autobussen oder der Bahn abtransportiert worden waren, erhielten nur in wenigen Fällen eine Fahrgenehmigung oder wurden, als Deutsche erkannt, aus dem Zug geholt; meist mußten sie auch zu Fuß den Rückweg antreten. Sie ließen das gerettete Gepäck in ihren bisherigen Aufenthaltsorten, in der Hoffnung, es später einmal nach Normalisierung der Verhältnisse, holen zu können. Den wenigsten von ihnen gelang das, da die Tschechen die Aufbewahrung fremden Eigentums strengstens untersagten und die sofortige Ablieferung der von den Flüchtlingen zurückgelassenen Habe anordneten.

Die Heimkehrenden fanden ihre Wohnungen und Höfe, soweit sie nicht schon in den Kämpfen zerstört worden waren, entweder ausgeplündert oder beschlagnahmt und von Tschechen besetzt vor. Sie mußten bei Nachbarn, Verwandten oder Bekannten Unterkunft suchen oder wurden gleich in Lager eingewiesen, die vor allem im tschechischen Gebiet vielerorts errichtet worden waren.<<

Jugoslawien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Rückkehr nach Jugoslawien (x006/101E-102E): >>... Aus Deutschland gelangten nur wenige bis an die jugoslawische Grenze, meist indem sie sich den Rücktransporten der jugoslawischen DPs anschlossen. Aus Österreich machten sich Jugoslawiendeutsche in Richtung Slowenien in geschlossenen Transporten, die zum Teil von der amerikanischen Militärregierung zusammengestellt wurden, auf den Weg nach Hause. Sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen, nach Ungarn abgelenkt oder über Agram in Durchgangslager wie Pisanica gebracht, von wo sie bald wieder nach Österreich entlassen wurden.

Rückwanderertrecks aus Niederösterreich, der CSR und Ungarn, wo das Kriegsende die Flüchtlinge überrascht hatte, erreichten nach dem Anmarsch durch Südungarn den Norden der Woiwodina. Auch sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen oder nach kurzem Aufenthalt im Sammelager Subotica außer Landes verwiesen, häufig heimlich über die ungarische Grenze getrieben oder in das Lager Sekić geschafft, aus dem sie Ende 1945 nach Gakovo gebracht wurden. Diejenigen, die vom Zufall begünstigt bis in ihre Heimatortschaften gelangten, wurden nicht mehr in den Lagern interniert, sondern unverzüglich ausgewiesen.

Das Verhalten der Partisanen und jugoslawischen Behörden gegenüber den Rückkehrern war ähnlich wie das gegenüber den ersten, aus der UdSSR heimkehrenden Deportierten: man wollte sich mit den aus gleich welchen Ländern zurückkehrenden Jugoslawiendeutschen nicht näher einlassen, verwehrte ihnen die Einreise oder schaffte sie doch sobald als möglich wieder über die Grenze und überließ sie ihrem Schicksal. Nachträglich wurde so auch die Flucht dieser nunmehr Rückkehrwilligen dadurch zur Vertreibung, daß man ihnen die Heimkehr und den Aufenthalt im Lande verweigerte.<<

Rumänien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-99E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler

oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.

Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Januarhälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland angesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. Zahlreichen Trecks gelang es nach langwieriger und mühseliger Fahrt, mittel- oder westdeutsches Gebiet zu erreichen. Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät gekommen, so daß eine geregelte Evakuierung nicht mehr möglich war.

Ein Teil der Flüchtlingstrecks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zum Umkehren gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort erschossen, die übrigen wenig später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.

Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung ins Innere der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.

Ungeachtet ihrer deutschen Staatsbürgerschaft wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden.

In nicht allzu großem Umfang waren Dobrudscha- und Bukowina-Deutsche auch in den sudenteutschen Gebieten sowie im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren angesiedelt worden. Mit ihnen wurde eine weit größere Zahl bukowina-deutscher Flüchtlinge, die ihre Ansiedlungsorte im polnischen Ost-Oberschlesien Ende Januar 1945 verlassen mußten, auf tschechoslowakischem Gebiet vom Zusammenbruch überrascht.

Es folgten die Schrecken des sowjetischen Einmarsches, zum Teil die Einweisung in tschechische Lager, sonst Wochen und Monate des Wartens, oft ohne Verpflegung und in behelfsmäßigen Unterkünften. Auch hier gaben die Sowjets den Befehl zur Rückführung aller Flüchtlinge und Umsiedler. Ein schon Anfang Mai 1945 in Mähren aufgebrochener Treck erreichte über Ödenburg, Arad, Craiova Anfang August die heimatliche Dobrudscha.

In der zweiten Hälfte des Jahres gingen von Brünn, Troppau, Prag und besonders Pilsen zahlreiche Eisenbahntransporte ab, wobei die in Viehwagen eng zusammengepferchten Rückkehrer auf der wochenlangen Fahrt, ohne ausreichende Versorgung, Plünderungen und sonstigen Schikanen ausgesetzt waren, bis sie in Großwardein oder Arad den rumänischen Behörden übergeben wurden. Bukowina-Deutsche, die im Herbst 1945 von den Tschechen kurzerhand über die benachbarte österreichische Grenze getrieben worden waren, wurden im Frühjahr 1946 von einer rumänischen Repatriierungskommission erfaßt und zurückgeführt.

Diesen Bemühungen rumänischer Stellen stand die Aufnahme der heimkehrenden Umsiedler in ihren Heimatorten entgegen. Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig, in der Dobrudscha vor allem von rumänischen Umsiedlern aus Bulgarien, den "Mazedoniern", belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt

und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen.

Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten. Handarbeiten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.

Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.

Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. Für die Dobrudscha allein werden die Rückkehrer auf 2.500 beziffert, doch sind wahrscheinlich nur wenige endgültig in Rumänien geblieben.

Die volksdeutschen Umsiedler in den Ostgebieten unterstanden bei Kriegsende den örtlichen deutschen Partei- und Verwaltungsbehörden, die auch über ihre Evakuierung entschieden. Die in Österreich untergebrachten rumänien-deutschen Flüchtlinge, vor allem die Nord-Siebenbürger, erfuhren dagegen eine Sonderbetreuung durch ihre alte Volksgruppenführung, die zum Teil neue Fluchtpläne für den Fall eines weiteren Vordringens der Sowjets vorbereitet hatte. Als die niederösterreichischen Aufnahmegebiete im April 1945 geräumt werden sollten, ließen sich die Pläne nur in begrenztem Umfang verwirklichen.

Es fehlte vor allem an Gespannen, da die einsatzfähigen Pferde zumeist auf Anordnung der Wehrmacht eingezogen worden waren und nur zum Teil wiederbeschafft oder ersetzt werden konnten. Dennoch kam es zum Aufbruch verschiedener Trecks. Andere Gruppen schlugen sich mit der Eisenbahn, auf Militärfahrzeugen, Donauschiffen oder auch zu Fuß, teils in gelenkten Transporten, teils in regelloser Flucht nach Oberösterreich und Bayern durch, wo sie in Einzelfällen erst Ende Mai eintrafen.

War es einem großen Teil der Flüchtlinge gelungen zu entkommen, so wurde doch auch hier eine beträchtliche Anzahl von den Sowjets überrollt; einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden.

Schon Ende Mai 1945 erging ein allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten. Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte, in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen.

Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz zum Teil anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. Auch die Durchschleusung der Transporte in Arad und besonders Großwardein vollzog sich in wenig erfreulichen Formen. Dennoch gelangten die Heimkehrer im allgemeinen ungehindert in ihre Heimatorte.

Insgesamt dürften im Sommer 1945 auf diese Weise zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein, wenn sich genauere Angaben auch nicht machen lassen. Nicht nur aus den sowjetisch besetzten Teilen Österreichs, sondern auch aus Aufnahmeorten im Sudetenland und in der deutschen Sowjetzone fanden Rückführungen statt; sogar aus den amerikanisch besetzten Gebieten wurden einzelne Gruppen zurückgeschickt.

Das Los der heimgekehrten Flüchtlinge unterschied sich zunächst nur unwesentlich von dem

der zurückgeführten Umsiedler in (die) Dobrudscha und Bukowina. In den auf Grund von Art. 8 des Waffenstillstandsvertrages erlassenen Beschlagnahme-Gesetzen war neben dem Vermögen des deutschen und ungarischen Staates und ihrer Staatsangehörigen ausdrücklich auch der gesamte Besitz "von Personen mit Wohn- oder Aufenthaltsort auf dem Gebiet Deutschlands oder Ungarns sowie in den von ihnen besetzten Gebieten" unter rumänische Staatsverwaltung gestellt worden.

Die Regelung der Staatsangehörigkeit für die Bewohner der von Ungarn zurückgewonnenen Gebiete nahm überdies ausdrücklich von der Wiedererlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft aus:

"... die Bewohner Nord-Siebenbürgens, die freiwillig in den Militärdienst eines Staates getreten sind, mit welchem sich Rumänien nach dem 23. August 1944 im Kriegszustand befand, oder die sich freiwillig einer militärischen oder militärähnlichen Formation dieser Staaten angeschlossen haben", sowie

"diejenigen, die während des Rückzuges der feindlichen Armeen aus dem Gebiet Nord-Siebenbürgens, indem sie sich mit diesen solidarisierten, freiwillig abgezogen sind".

Erst im Verlauf des Jahres 1946 kam es zu einer gewissen Rehabilitierung der Zwangsevakuerten; ein Dekret-Gesetz vom 16. Oktober 1946 verfügte die Rückgabe persönlichen Eigentums an Häusern, Grundstücken, Einrichtungsgegenständen, sowie auch ländlicher Kleinbetriebe und Werkstätten; Handels- und Industriebetriebe, sowie Bankguthaben, Aktien und Wertsachen blieben jedoch ausgeschlossen.

Da auch die Gültigkeit der Bodenreform für die Landgüter des fraglichen Personenkreises ausdrücklich bestätigt wurde, war die Lage der Rückkehrer damit lediglich derjenigen der schon vorher enteigneten volksdeutschen Landbevölkerung in den nicht evakuierten Gebieten angeglichen.

Die auf Grund der Bodenreform in die verlassenen sächsischen und schwäbischen Höfe eingrückten Rumänen und Zigeuner hatten zunächst vielfach versucht, den zurückkehrenden Volksdeutschen den Aufenthalt in ihren alten Heimatorten zu verwehren.

Die örtlichen Behörden veranlaßten dann im allgemeinen eine Unterbringung in leerstehenden Höfen, Scheunen, Schulen oder Pfarrhäusern, zum Teil auch in den verlassenen Lehmhütten der Zigeuner. Oft kam es daraufhin zu einer Einigung mit den Kolonisten, die einzelne Räume freigaben. Ein Teil der Rückkehrer wurde im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht zur Zwangsarbeit in verschiedenen Lagern, in Bergwerken oder an staatlichen Bauprojekten eingesetzt. Die übrigen suchten sich ihren Lebensunterhalt mit Feld- und Hausarbeiten zu verdienen, waren jedoch nicht selten genötigt, sich ihre Nahrung von Haus zu Haus zusammenzubetteln.

Einzelne Rückkehrer, Volksschullehrer und andere angesehene Persönlichkeiten, wurden, vielleicht als letzte Auswirkung der im Vorjahr begonnenen Internierungsaktionen, noch im Sommer 1945 verhaftet und in die politischen Konzentrationslager eingeliefert, um erst nach Jahren freizukommen.

Wie sie wurden auch die heimkehrenden volksdeutschen Kriegsgefangenen die ja zumeist Angehörige der Waffen-SS gewesen waren, zunächst festgehalten. Nur wenige waren schon 1945/46 nach Rumänien entlassen worden. Der rumänischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt, wurden sie, soweit man ihrer habhaft wurde, von den rumänischen Behörden wieder verhaftet, in Großwardein und anderen Gefängnissen festgehalten und zum Teil nach Ostdeutschland abgeschoben.

Größere Transporte mit volksdeutschen SS-Angehörigen wurden erst im Dezember 1950 von Kiew nach Rumänien zurückgeführt; auch sie wurden zunächst an der Grenzstation Sighet von rumänischer Polizei übernommen und in Militärgefängnisse eingeliefert. Die Behandlung war jedoch korrekt; sie wurden im Frühjahr 1951 schubweise in ihre Heimatorte entlassen. Lediglich diejenigen, die unmittelbar zu ihren Angehörigen in Deutschland oder Österreich

entlassen werden wollten, mußten länger, zum Teil bis März 1952, auf die Regelung aller Formalitäten warten.<<

Ungarn

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>Neben der immer intensiver werdenden Verminderung durch die einzelnen Zwangsaktionen hat das ungarländische Deutschtum während der Jahre nach dem Zusammenbruch doch auch einen schwachen Rückstrom zu verzeichnen, der den kontinuierlichen Abbau zwar nicht ausglich, nicht einmal verlangsamte, aber in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf.

Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder nach Ungarn eingeströmt.

Es können grundsätzlich zwei Arten von Rückkehrern unterschieden werden:

1. evakuierte oder geflohene Volksdeutsche, bei denen die Evakuierung nicht als eine endgültige Lösung betrachtet wurde, und
2. entlassene Kriegsgefangene, die zu ihren Familien heimkehren wollten.

Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen.

Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben. Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimatorte.

Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchzuschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben auch für dauernd in Österreich. Einzelne Familien, besonders aus der Tschechoslowakei, schlossen sich auch nach Ungarn fahrenden Militärtransporten an.

Über die Zahl dieser Rückkehrer lassen sich keine bestimmten Angaben machen, es steht jedoch fest, daß nur ein geringer Teil der Rückkehrwilligen tatsächlich wieder nach Hause gelangte; den meisten wurde von den ungarischen Grenzposten der Übertritt verwehrt.

Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert.

Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch. Dieses Schicksal in der einen oder der anderen Form traf jedenfalls die aus dem Westen Zurückkehrenden, während die Rußlandheimkehrer in der Regel von den Behörden in Ruhe gelassen wurden und offen ihrer Arbeit nachgehen konnten.

Ganz allgemein mußte die Masse der Rückkehrer, waren es Evakuierte oder Kriegsgefangene, das Land als Flüchtende oder Ausgewiesene bald wieder verlassen. Einmal galten sie in der Mehrzahl als politisch Belastete und dann fehlte ihnen die Lebensgrundlage, da die seit der Evakuierung leerstehenden Höfe als erste beschlagnahmt und mit Neusiedlern besetzt worden waren.

Die Spätheimkehrer, die 1950 aus der Sowjetunion ankamen, trafen dagegen schon andere

Verhältnisse an. Inzwischen hatte sich die Situation des ungarländischen Deutschtums wieder gewandelt. Schon der Ausweisungsaktion gegenüber waren die ungarischen Parteien geteilter Meinung gewesen.

Die Rücksiedlung der Jugoslawien- und Slowakeimadjaren nach Ungarn zeigte dann sehr deutlich, daß der allgemeine "Bevölkerungstransfer" sich keineswegs günstig für das Land auswirkte; im Gegenteil, man bekam das Unrecht, das den Deutschen zugefügt wurde, besonders in der Massenausreibung der Madjaren aus der Slowakei am eigenen Leibe zu spüren, und die Bevölkerung fühlte sich den alteingesessenen Deutschen sowieso viel enger verbunden als z.B. den fremd anmutenden Csángós. So wuchs allmählich die Stimmung für die Einschränkung und den Abbau der antideutschen Gesetzgebung.

Schon die letzten Durchführungsverordnungen zum Aussiedlungsgesetz enthielten nicht mehr die kompromißlose Verurteilung der Volksdeutschen wie die ersten Verordnungen, sondern ließen einschränkende und aufhebende Klauseln ein wenig Raum.

Im Mai 1946 wurden dann für SS-Angehörige, die nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen eingezogen worden waren, die Aussiedlungsbestimmungen aufgehoben, wenn sie sich 1941 zur ungarischen Nationalität bekannt hatten und ihre demokratische Haltung nachweisen konnten.

Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften.

Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde.<<

Die Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mittel-europa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
<u>Memelland</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	<u>30.000</u>	<u>22</u>
<u>Ostpreußen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>296.000</u>	<u>11</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>770.000</u>	<u>30</u>
<u>Ostpommern</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	<u>150.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>1.000.000</u>	<u>54</u>
<u>Ostbrandenburg</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	<u>50.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>350.000</u>	<u>53</u>
<u>Schlesien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	<u>800.000</u>	<u>17</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>2.500.000</u>	<u>53</u>
<u>Danzig</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	_____	_____
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>200.000</u>	<u>50</u>
<u>Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>46.000</u>	<u>12</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>186.000</u>	<u>50</u>

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
<u>Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement</u>		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 770.000	- 63
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	154.000	13
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	614.000	50
<u>Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei</u>		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	- 911.000	- 25
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	- 100.000	- 3
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	3.489.000	97
<u>Estland, Lettland und Litauen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	_____.	_____.
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	23.000	100
<u>Jugoslawien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	- 160.000	- 44
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	200.000	56
<u>Rumänien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	-100.000	- 20
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand 1944/45	404.000	80
<u>Ungarn</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	- 60.000	- 11
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	21.000	4
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	504.000	93
<u>Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):</u>		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100
Nach Westen flüchten 1944/45	-8.375.000	- 49
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	1.717.000	10
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)	10.270.000	61

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

"Wilde Austreibungen"

>>Glück schwebt auf Flügeln, Unglück hinkt an Krücken.<< (Russisches Sprichwort)

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewalt- sam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) ge- trieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten. In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschen- massen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbranden- burg und Niederschlesien trieb man etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei entfernt wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Be- ginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vor- hang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Beset- zung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint.

Innerhalb dieses Zeitraumes von mehreren Jahren veränderten sich nicht nur die polnischen Methoden der Ausweisung, auch die politischen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Absichten, die ursprünglich zu einer forcierten und beschleunigten Ausweisung der Deut- schen gedrängt hatten, machten entgegengesetzten Bestrebungen Platz, so daß schließlich die

Ausweisung der letzten noch unter polnischer Herrschaft stehenden Deutschen immer mehr verzögert wurde.

Die Politik gegenüber der restlichen deutschen Bevölkerung zielte schließlich nach Jahren nicht mehr auf die Ausweisung, sondern machte im Gegenteil jede Ausreise der Deutschen geradezu unmöglich und drängte sie mit allen Mitteln dazu, im Lande zu bleiben und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Zu Beginn der polnischen Verwaltung Ostdeutschlands war der Austreibungswille noch uneingeschränkt herrschend. Ehe noch die Potsdamer Konferenz getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

In der Zeit vor dem Potsdamer Abkommen war es vor allem die deutsche Bevölkerung Danzigs, die diesem Druck unterlag. Hatte man sich schon bei der Einrichtung polnischer Behörden in Danzig aus offensichtlichen politischen Gründen besonders beeilt, so sollte aus den gleichen Motiven auch die Entfernung der Deutschen aus Danzig so schnell wie möglich beendet sein.

Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. Diejenigen Deutschen, die - durch ihre bisherigen Erlebnisse unter Russen und Polen zermürbt - diesen Aufforderungen Folge leisteten, erhielten von den polnischen Behörden Ausreisescheine und wurden in Eisenbahnzügen nach Westen über die Oder transportiert. Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massivere Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt.

Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

Die Regelmäßigkeit, mit der von Danzig aus Züge mit Vertriebenen nach Westen abgingen, durch Pommern hindurchfahren und auf dem Bahnhof Stettin-Scheune ankamen, reizte zahlreiche beutelustige Polen und auch russische Soldaten zu fortgesetzten Beraubungen. Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging.

Die Folge der radikalen polnischen Maßnahmen und der unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse war, daß die Mehrzahl der über hunderttausend Deutschen, die noch nach der Eroberung in Danzig wohnten, sofern sie nicht in polnische Lager oder zur Zwangsarbeit nach Rußland deportiert worden waren, bereits im Sommer 1945 Danzig verließen. Am Ende des Jahres 1945, als in manchen anderen Orten östlich der Oder und Neiße noch keinerlei Ausweisungen stattgefunden hatten, lebten in Danzig nur noch einige Zehntausend Deutsche.

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesiens betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren.

Die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen nahe an der Oder und Neiße gelegenen Gegenden schien den Polen um so einfacher zu sein, als es dazu keiner Eisenbahntransporte bedurfte, die zu dieser Zeit durch die weitgehenden Zerstörungen und Demontagen ganz

erheblich erschwert gewesen wären.

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten, mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. die Neiße.

Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden. In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos.

Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Mitte Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten.

Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde.

Nur diesem Umstand war es zu verdanken, daß es in Oberschlesien, wo die Polen, besonders im Kreis Neiße und Umgebung, ebenfalls in den letzten Junitagen damit begonnen hatten, die Deutschen systematisch aus ihren Wohnungen zu vertreiben und sie entweder in Lager einzuliefern oder einfach aus ihren Wohnorten zu verjagen, nicht mehr zu einer effektiven Austreibung kam. Hier wie auch in Niederschlesien, Ostbrandenburg und Ostpommern durften die Vertriebenen, nachdem sie oft viele Kilometer von ihren Wohnorten entfernt waren, wieder zurückkehren, weil die geplante Aktion plötzlich abgebrochen worden war. Selbst von denen, die bereits westlich der Oder-Neiße-Linie angelangt waren, kamen einige wieder in ihre Heimat zurück.

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, daß schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. Besonders die Dörfer und Städte Ostbrandenburgs waren bis auf einen klei-

nen Rest von Deutschen, die für die Russen arbeiteten oder aus anderen Gründen von der Austreibung verschont blieben, entvölkert. Desgleichen war im westlichen Teil des Regierungsbezirkes Liegnitz und im Regierungsbezirk Stettin eine erhebliche Verminderung der deutschen Bevölkerung eingetreten.

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen.

Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nicht aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß."

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob auch die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

Tschechoslowakei

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der CSR (x004/105-115): >>Die Austreibung vor der Potsdamer Konferenz

Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" (odsun) vorbereitet und kann nur so verstanden werden.

Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des Exilpräsidenten Benes mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. Ihre Hoffnung richtete sich vielmehr nach den schreckensvollen Erlebnissen des sowjetischen Einmarsches und in den chaotischen Wirren des deutschen Zusammenbruchs darauf, daß die öffentliche Sicherheit und eine intakte Rechtsordnung unter der zu erwartenden tschechischen Verwaltung wiederhergestellt werden möge.

Allerdings sind solche Erwartungen sehr bald durch die sofort einsetzenden Maßnahmen gegen das Deutschtum in den Sudetengebieten aufs bitterste enttäuscht worden, und bald ließ

sich an ihnen auch die Absicht der Tschechen erkennen, die Deutschen aus der wiederhergestellten Republik zu entfernen. Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten noch als spontane Handlungen radikaler Elemente, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden.

Aber als diese Aktionen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, auf ganze Gebiete übergriffen und den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der SNB vor allem auch die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda beteiligt.

Zumeist begann die Austreibung der deutschen Bewohner gleich nach dem Auftauchen der Revolutionsgarde und der Svoboda-Armee in den Grenzgebieten. Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln.

Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken, und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt. In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt.

Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich diese Elendszüge, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brüner Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau.

Wenn die Entkräfteten und vor allem alten Leute nicht mehr weiterkonnten, wurden sie in einzelnen Fällen auf Pferdewagen oder LKW zur Grenze geschafft.

Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurden. Oft sorgten die tschechischen Begleitmannschaften und örtlichen Behörden dann dafür, daß das Gepäck auf Fuhrwerken oder Lastkraftwagen transportiert werden konnte; vielfach mußte es allerdings auch auf dem ganzen Marsch getragen werden, so daß die Erschöpften nicht selten unterwegs gezwungen waren, noch Teile davon liegen zu lassen.

Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden, oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.

Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihre Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzesten Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen. Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.

Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwatchen gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch,

wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren.

Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polnischen Austreibungsaktionen. Andere, die nach Schlesien abzuschleppen den Tschechen nicht gelungen war oder die von der polnischen Miliz wieder auf das Gebiet der CSR zurückgeschafft worden waren, wurden schließlich auf tschechischer Seite in Lager eingewiesen und dann in Eisenbahnzügen nach Sachsen abtransportiert.

Außer im Fußmarsch wurden Deutsche aus dem östlichen und nördlichen Sudetenland auch in Bahntransporten mit offenen Waggons abgeschoben, in denen 30-60 Menschen samt Gepäck zusammengepfertcht wurden. Diese Transporte gingen in oft mehrtägiger Fahrt bis zur sächsischen Grenze, auch nach Sachsen selbst und bis nach Brandenburg.

Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge staute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrte.

Phantastische Gerüchte steigerten die Ratlosigkeit der Menge, die wegen der akuten Hungersnot und Seuchengefahr plan- und ziellos von Ort zu Ort geschoben wurde. Manche verloren hier noch durch marodierende Sowjetsoldaten das letzte gerettete spärliche Gepäck.

Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. Die Abgeschobenen mußten hier fast ausschließlich zu Fuß und unter den gleichen Bedingungen wie im Norden des Landes ihre Heimat verlassen. Vielerorts verhafteten die Partisanenkommandos angesehene Bürger als Geiseln unter Androhung von Repressalien bei einer Störung der Austreibungsaktion oder zwangen die Einwohner durch Terror zur Flucht über die Grenze.

Die ohnehin seit Mitte Mai in Lagern internierte Bevölkerung der Iglauer Sprachinsel wurde noch im Juni in einzelnen Transporten nach Österreich geschafft oder, wo dies nicht gelang, zur Zwangsarbeit herangezogen. Am berüchtigsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brüner Deutschen.

Über zwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden am Vorabend des Fronleichnamstages, am 30. Mai, zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt. Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzwachposten den weiteren Übertritt verhinderten, brachte man die Masse dieser Zwanzigtausend in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.

Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter mit Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung so vieler Menschen fehlten, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.

In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. Für viele unter ihnen war der Wanderweg auch noch nicht zu Ende: später, bei Beginn der organisierten Aussiedlung, wurden Zehntausende von Sudetendeutschen mit Eisenbahntransporten aus Österreich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands gebracht.

Der Höhepunkt der ersten "wilden" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli.

Neben der rigorosen Räumung ganzer Ortschaften und zumeist ländlicher Gegenden, die durchweg in Form plötzlicher Razzien durch bewaffnete Kommandos vor sich ging, wurden auch, örtlich verschieden, bestimmte soziale Stände und Berufsgruppen erfaßt, wie Verwaltungsbeamte, Lehrer, Angestellte des öffentlichen Dienstes u.ä.

Wenn auch nicht festzustellen ist, ob und wie weit diese Auswahl nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, so ist doch das Prinzip deutlich erkennbar, Berufsgruppen, die als Exponenten des deutschen Regimes galten oder die für einen Arbeitseinsatz nicht verwendbaren Personen, vorwiegend alte Leute und Mütter mit mehreren Kindern, zuerst abzuschicken. Die Entscheidung darüber, welcher Personenkreis ausgetrieben werden sollte, hing offenbar auch vom Gutdünken des jeweiligen Národní Výbor, der Verwaltungskommissionen oder des Militärkommandanten ab.

Es kam vor, daß auch Fachkräfte, die man für die Fortsetzung der Arbeit in den Versorgungsbetrieben oder die Wiederaufnahme der Produktion in den Fabriken dringend benötigte, ausgetrieben wurden. Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechisches Gebiet geschafft wurden.

Die Aufrufe zum Abschub wurden entweder in öffentlicher Kundgebung oder in Form von schriftlichen oder mündlichen Einzelbenachrichtigungen durch Soldaten oder Revolutionsgardisten verbreitet. Zumeist blieben den Betroffenen nur wenige Stunden Zeit. Oft wurden sie bewußt erst am Vorabend oder nachts in den Sperrstunden benachrichtigt, um das Ausweichen in einen anderen Ort zu erschweren und zu verhindern, daß noch Sachwerte bei Nachbarn oder auch tschechischen Bekannten versteckt wurden.

Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Aussiedlung interniert wurden.

Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. Ein gleiches Schicksal widerfuhr der männlichen Bevölkerung von Komotau, die am 9. Juni interniert wurde. Nachdem Svoboda-Soldaten und Revolutionsgardisten die aus der Menge ermittelten SS-Leute unter sadistischen Quälereien umgebracht hatten, trieben sie die 8.000-9.000 Männer zur sächsischen Grenze, wo aber Offiziere der Roten Armee den Abschub verhinderten und die endlosen Kolonnen zurückschickten. Die Tschechen teilten sie nun in Lager auf und setzten sie zur Zwangsarbeit ein.

Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden.

Überhaupt schien dort, wo eine starke tschechische Minderheit ansässig war und nun weitere Tschechen nachzogen, die Austreibung vorwiegend dadurch ausgelöst worden zu sein, daß die Deutschen den Tschechen allein durch ihre bloße Anwesenheit im Wege standen und auf irgendeine Weise entfernt werden mußten. Das dürfte nicht zuletzt die Erklärung für die Vorgänge sein, bei denen man einzelne Orte völlig von ihren deutschen Bewohnern räumte und die Bevölkerung geschlossen zur Zwangsarbeit abtransportierte oder bis auf weiteres in Lager einwies, um sie dann bei der nächsten Gelegenheit nach Deutschland oder Österreich abzuschicken.

Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei

aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutscher trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit brachten.

Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch! belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. Ungeachtet dessen, daß mittlerweile eine Unzahl von Deutschen, für die die politische Strafgesetzgebung nicht zutraf, eingeliefert worden war, wurde in vielen Fällen von den einzelnen Lagerkommandanten eine nach persönlichen Maßstäben ausgerichtete Vergeltungspolitik durchgeführt, unter der alle Personen, gleich ob im Sinne der neuen politischen Gesetzgebung schuldig oder unschuldig, zu leiden hatten.

Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein. Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen.

Infolge der Überfüllung der Lager, der primitiven sanitären Vorkehrungen, die jeder Beschreibung spotteten, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Möglichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. Nicht wenige Sudetendeutsche verdankten der persönlichen Hilfsbereitschaft und dem Entgegenkommen mancher Tschechen, vor allem dort, wo durch jahrelanges Zusammenleben eine gegenseitige menschliche Wertschätzung gewachsen war und von der jeweiligen politischen Konstellation unberührt blieb, eine Erleichterung ihres schweren Schicksals.

Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern, verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. Wie er unter dem nationalsozialistischen Regime den jüdischen und tschechischen Waisen in Heimen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen suchte, nahm er sich jetzt der hilflosen und in den Lagern dem sicheren Untergang ausgesetzten deutschen Kinder an, brachte sie gegen den anfänglichen Widerstand der tschechischen Behörden in den von ihm errichteten Heimen unter und rettete Hunderten von ihnen das Leben.

Mitunter wurden auch einzelne Sudetendeutsche, die in Lager eingewiesen worden waren, von den Betrieben, in denen sie gearbeitet hatten, zurückgefordert und so vor dem Lagerleben bewahrt.

Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industriebezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und Innermähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden.

Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten. Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab.

Unter dem Eindruck der Vorgänge im sowjetisch besetzten Gebiet und aus Furcht, daß die dort praktizierten Methoden nach Abzug der Amerikaner auch auf das Egerland und Böhmerwaldgebiet ausgedehnt werden würden, entschlossen sich einzelne Familien, vor allem solche, die auf der Flucht vor der Roten Armee oder auch später in der amerikanischen Zone der CSR Zuflucht gefunden hatten, mit den im Dezember abziehenden amerikanischen Truppen das Land zu verlassen.

Da die Aussiedlung seit den Potsdamer Beschlüssen ohnehin gewiß war, zogen sie es vor, schon jetzt unter wesentlich günstigeren Bedingungen aus der Heimat zu gehen. Vielfach konnten sie durch privates Entgegenkommen amerikanischer Offiziere und Soldaten größere Sachwerte auf Heeresfahrzeugen über die Grenze schaffen.

Die Austreibungsaktionen vom Kriegsende bis in den Spätsommer 1945 scheinen zwar nicht von einer offiziell damit betrauten zentralen Stelle gelenkt worden zu sein wie die spätere organisierte Ausweisung, ihre Durchführung wäre aber ohne die Weisung und das Wissen hoher Regierungsstellen nicht möglich gewesen.

Die planmäßige Verwendung der Svoboda-Armee bei den Austreibungen im Regierungsbezirk Aussig und auch die Bereitstellung des umfangreichen Eisenbahnmateriels für den Abtransport von Hunderttausenden sprechen dafür. Wieweit die Initiative für diese Aktionen auf kommunistischer Seite lag, läßt sich noch nicht sicher feststellen.

Dafür spricht aber schon die Tatsache, daß sie sich nur auf das von sowjetischen Truppen besetzte Gebiet erstreckten und in der amerikanischen Besatzungszone ausblieben, wenn auch eine unmittelbare Beteiligung der Roten Armee in den vorliegenden Berichten nirgends bezeugt wird und Angehörige sowjetischer Militärbehörden in einzelnen Fällen den Abschub der Deutschen sogar verhinderten.

Für kommunistische Lenkung spricht aber auch die Kritik, die von einigen nichtkommunistischen tschechischen Blättern an den Vorgängen geübt wurde. Die Mahnung zur Mäßigung, die auch Benes in einer Rede in Pilsen am 15. Juni aussprach, war dagegen nicht ein Abrücken von der Austreibung selbst, sondern nur ein Versuch, den vor allem in England laut gewordenen Vorwürfen und Bedenken zu begegnen, damit das Vertreibungsprogramm in seiner Gesamtheit auf der bevorstehenden alliierten Konferenz nicht gefährdet würde.

Der Sanktionierung der bereits begonnenen Vertreibung des gesamten Sudetendeutschums galten daher alle diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung. Ministerpräsident Fierlinger vergewisserte sich Ende Juni während seines Moskauer Besuchs noch einmal der sowjetischen Unterstützung für die tschechischen Pläne.

In einer Note, die den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion am 3. Juli überreicht wurde, ersuchte die tschechoslowakische Regierung um die Aufnahme des Vertreibungsprogramms in die Tagesordnung der Potsdamer Konferenz und legte den drei Großmächten am 22. Juli einen Plan für die Ausweisung der Deutschen vor.

Die Potsdamer Konferenz hieß dann auch den Bevölkerungs-"Transfer" aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im ganzen gut, knüpfte daran allerdings die Aufforderung, u.a. auch an die tschechoslowakische Regierung, vorerst weitere Austreibungen aufzuschieben, bis der Kontrollrat das ganze Problem geprüft habe. Offensichtlich geschah dies aus der Befürchtung, daß ein unkontrolliertes Einströmen großer Massen Vertriebener zu chaotischen Verhältnissen in den Besatzungszonen Deutschlands führen könnte.

Angesichts des vollen diplomatischen Sieges, den die tschechische Regierung in der Frage des "Odsun" damit grundsätzlich erreicht hatte, kam sie dieser Forderung der Großmächte nach. Eine Fortsetzung der Austreibung riesiger Menschenmassen mit den bisherigen Methoden wäre ohnehin nicht gegen den Willen der Großmächte möglich gewesen, welche die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten.<<

Jugoslawien

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Austreibungen von Volksdeutschen und die Behandlung der Rückkehrer in Jugoslawien (x006/97E-100E): >> Gegen Kriegsende befand sich der größte Teil des ehemals jugoslawischen Staatsgebietes unter der Herrschaft der Partisanen, nachdem die russischen Truppen im Januar aus der Woiwodina abgezogen waren und die Frontlinie Esseg - Brcko nach dem Beginn der großen Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 von den deutschen und kroatischen Truppen aufgegeben werden mußte.

Diese zogen sich daraufhin kämpfend in den slowenischen und steiermärkischen Raum zurück, wo sie bis zum 9.5.1945 kapitulierten. Zu diesem Zeitpunkt waren die ehemaligen Hauptsiedlungsgebiete der Jugoslawiendeutschen, in denen sich die überwiegende Mehrheit der Zurückgebliebenen auch jetzt noch aufhielt, bereits länger als ein halbes Jahr besetzt, so daß die Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung erhebliche Zeit vor Kriegsschluß einsetzten.

Während die Deutschen aus den polnisch besetzten Ostgebieten, der CSR und Ungarn in der unmittelbaren Nachkriegszeit vertrieben wurden, kam es zur Vertreibung von Jugoslawiendeutschen nur in Slowenien, teilweise auch in Slawonien, wogegen in der Batschka, Baranja und im Banat, sowie in Syrmien das System der Internierungslager vorherrschend wurde.

Die Verhältnisse in Jugoslawien unterschieden sich insofern von denen in allen ost- und südosteuropäischen Staaten mit deutschen Minderheiten, als die Deutschenpolitik des jugoslawischen Partisanenregimes bereits seit Oktober/November 1944 gewissen Grundzügen und Richtlinien folgte, die in manchen Gebieten z.T. bis 1948 eingehalten wurden.

Diese Grundsätze lagen längst fest, ehe auf der Konferenz von Potsdam Polen, der CSR und Ungarn die Ausweisung ihrer deutschen Bevölkerung zugestanden wurde. Jugoslawische Bemühungen, auf dieser Konferenz eine Vollmacht zur Vertreibung auch der Deutschen ihres Landes zu erwirken, lassen sich bisher nicht nachweisen. Möglicherweise sind solche Anstrengungen seitens des neuen jugoslawischen Regimes überhaupt nicht unternommen worden.

Die Gründe für eine solche Unterlassung können in dem Selbstgefühl der Partisanenführung gelegen haben, das sich durch den erfolgreich überstandenen Guerillakrieg und die militärische Selbständigkeit bei den Operationen der letzten Kriegswochen gehoben hatte und die Entscheidung über innere Fragen des Landes nicht in die Hand anderer Mächte geben wollte; so konnte auch die im Oktober 1944 beschlossene zahlenmäßige Aufteilung des Einflusses zwischen der Sowjetunion und Großbritannien nach der Formel 50:50 die Macht der Partisanenherrschaft nicht beschränken.

Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates" (AVNOJ) vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. Ob die Entziehung der Bürgerrechte die Vorstufe späterer Vertreibung sein sollte, oder ob den Jugoslawiendeutschen ein anderes Schicksal zgedacht war, läßt sich aus den bisher zugänglichen Quellen nicht schlüssig entscheiden.

In einem Aide-memoire vom 19. Januar 1946 über den "Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Deutschland", das am 16. Mai erneut eingereicht wurde, hat allerdings die jugoslawische Regierung unter fälschlicher Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen die amerikanische Botschaft in Belgrad aufgefordert, ihre "guten Dienste" zur Verfügung zu stellen, damit "eine Entscheidung" bezüglich dieser Deutschen durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin beschleunigt herbeigeführt werden könne. Das Aide-memoire forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit" nach Deutschland, blieb indessen

ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.

Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete.

Obwohl der Nationalitäteng Gegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem ersten Weltkrieg und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. -

Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen, für die eine geordnete Evakuierung nicht mehr hatte organisiert werden können, völlig gesäubert werden. Die jugoslawischen Partisanenverbände unterstützten demgemäß nachdrücklich die Fluchtbewegung der bereits aufgebrochenen Bevölkerung, vornehmlich der dorthin umgesiedelten Gottscheer, Bosnien- und Bessarabiendeutschen.

Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet, Flüchtlingstrecks in improvisierte Lager - z.B. bei Cilli und Tüchern - gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden. Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: so auf Schloß Herberstein, in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 nach Österreich abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten.

Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. Viele Sloweniendeutsche wurden sogleich vor Gericht gestellt, und die Prozesse endeten damit, daß sie entweder ihre Strafzeit im Gefängnis oder Internierungslager verbringen mußten oder auch außer Landes verwiesen wurden.

Noch vor dem Sommer 1946 wurde mit diesen Methoden die überwiegende Mehrheit der Sloweniendeutschen vertrieben, während restliche Gruppen weiter in den Arbeitslagern festgehalten wurden und Slowenisierte, bzw. Angehörige von Mischehen in das Berufsleben zurückkehren konnten.

Die wenigen nicht geflohenen Slawoniendeutschen wurden zwischen April und Juni 1945 im Lager Josipovać, das bereits als Ustascha-KZ gedient hatte, interniert und von dort zumeist in das Lager Valpovo, geschafft, in der Mehrheit handelte es sich um deutsche Stadtbewohner. Auch aus Valpovo versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschicken.

Am 10.7.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.7.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.

Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<